

Thesen zur politischen Erwachsenenbildung

„Die Erwachsenenbildung in der Demokratie zielt nicht auf Anpassung, sondern auf sachliches Verständnis der Wirklichkeit und auf wachsame Kritik. Sie soll Verantwortung und Kritik vorleben. Die Demokratie lebt aus dem wachsamem Mut ihrer Bürger, aus ihrer Bereitschaft zur Opposition, zur Alternative.“ So Fritz Borinski, einer der Nestoren der politischen Erwachsenenbildung der Bundesrepublik Deutschland in einer Rückschau auf sein Leben 1986.¹ Borinski hob mit dieser Aussage die Trennung zwischen Erwachsenenbildung und politischer Bildung auf, Erwachsenenbildung sollte in ihrer Gesamtheit politisch verankert werden. Das heißt, in allgemeinen, kulturellen oder beruflichen Bildungsveranstaltungen sollten politische Zusammenhänge, Abhängigkeiten aber auch Handlungsmöglichkeiten und Einflussmöglichkeiten von Einzelnen oder Gruppen explizit thematisiert werden. Eine Konzeption, die bis heute unter dem Stichwort „Integration politischer Bildung“ diskutiert wird.

Wäre eine solche Konzeption politischer Erwachsenenbildung konsequent verfolgt worden, hätte auf die Einrichtung separater Institutionen für politische Bildung verzichtet werden können. Das weite Netz pluraler, politischer Bildungseinrichtungen, das in den 1950er- und 1960er-Jahren in der Bundesrepublik Deutschland auf- und ausgebaut wurde zeigt allerdings, dass sich die politische Bildung durch die Gründung eigener Einrichtungen, die Entwicklung eigenständiger curricularer und didaktischer Konzeptionen sowie einen von der allgemeinen und beruflichen Erwachsenenbildung weitgehend unabhängigen Theorie-Praxis Diskurs zu einem eigenständigen Bereich der Erwachsenenbildung entwickelt hat.

Trotzdem war und ist die politische Erwachsenenbildung natürlich kein einheitliches Gebilde. Seit 1945 haben sich verschiedene Richtungen etabliert, die teilweise zeitlich nacheinander, teilweise aber auch parallel existierten und existieren.²

1. Eine national-konservative Konzeption harmonisierender Gesellschaftsauffassung.
2. Eine altliberale Konzeption unpolitischer humanistischer Bildungstradition einer harmonisierenden Gesellschaftsauffassung.
3. Eine linksliberale Konzeption einer von der Konflikttheorie bestimmten Gesellschaftsauffassung.
4. Eine demokratisch-sozialistische Konzeption einer antagonistischen Gesellschaftsauffassung.
5. Eine neoliberale Konzeption einer modernen, von Individualisierung geprägten Gesellschaftsauffassung.
6. Christlich geprägte, evangelische wie katholische Richtungen der politischen Bildung.

Alle Richtungen basieren auf zwei Prämissen, auch wenn sie sich in unterschiedlicher Intensität und Reichweite auf sie beziehen: zum einen auf dem Grundsatz, eine demokratische Gesellschaft aufbauen und sichern zu wollen. Zum anderen geht es um individuelle und gesellschaftliche Aufklärung zum Nutzen dieser Demokratie im Sinne von Immanuel Kant und anderen Aufklärern. Allerdings scheinen sich in den letzten fünf bis zehn Jahren gerade in der politischen Erwachsenenbildung – im Vergleich zur politischen Bildung in der Schule – einige grundsätzliche Annahmen zu der Frage, was politische Bildung leisten kann und soll, verschoben zu haben. Zugespielt formuliert geht es hier um drei Bereiche:

1. Marginalität oder Relevanz der politischen Erwachsenenbildung?

Die Relevanz politischer Bildung zieht – zumindest in politischen Sonntagsreden – niemand ernsthaft in Zweifel. Ihre Funktion innerhalb der Gesellschaft als Reparaturinstanz vor allem rechtsradikaler Auswüchse ist unbestritten. Trotzdem ist sie innerhalb der (Erwachsenenbildungs-) Landschaft eine eher marginale Erscheinung im Hinblick auf ihre institutionelle Präsenz, Finanzierung und Teilnehmerschaft. Zu hinterfragen ist ihre Bedeutung auch im Hinblick auf die universitäre Ausbildung von zukünftig in der Erwachsenenbildung tätigen Personen.

2. Integration oder Autonomie der politischen Bildung?

Im Rahmen der Diskussion um die „Integration der politischen Bildung“ in die allgemeine und berufliche Erwachsenenbildung wird dieses Problem schon seit langem thematisiert. Die Frage hat aber in den letzten Jahren eine neue Schubkraft erhalten durch die Debatte um die sog. „Entgrenzung“ der Erwachsenenbildung. In diesem Zusammenhang wird angenommen, dass sich auch die politische Bildung entgrenzt, sie quasi automatisch in alle Bereiche der Erwachsenenbildung und der Gesellschaft integriert wird. Ein empirischer Beweis dieser selbstwirksamen Integration der politischen Bildung steht allerdings noch aus. Nicht beantwortet sind Fragen nach der Erreichbarkeit von Teilnehmern und bestimmter, eher bildungsferner Zielgruppen, der tatsächlichen Berücksichtigung politischer Inhalte in der allgemeinen und beruflichen Erwachsenenbildung sowie das Problem eines eigenständigen Wissenskorpus der politischen Bildung.

3. Normativität oder Beliebigkeit in der politischen Erwachsenenbildung?

Die Diskussion um diese Frage wird zwar nicht intensiv geführt, aber implizit in vielen Stellungnahmen zur politischen Bildung berücksichtigt und zwar meistens in Form einer Kritik an der demokratisch-sozialistischen Ausrichtung der politischen Bildung in den 1970er- und 1980er-Jahren. Dabei geht es meistens darum, den damaligen und auch den wenigen heutigen Vertretern dieser Richtung „Mission“ im Sinne einer Belehrungskultur vorzuwerfen, die sich in einer modernen politischen Bildung überholt habe (vgl. Sander 2002 S. 17) oder sie als „Weltverbesserer“ zu bezeichnen, deren „vollmundige gesellschaftsverändernden Versprechungen durch eine emanzipatorische Pädagogik“ sich überlebt hätten (Arnold/Siebert 1995 S. 24). Mit der stärkeren Berücksichtigung des Konstruktivismus in der theoretischen Debatte der Erwachsenenbildung

hat die Kritik an einem normativen Anspruch der politischen Bildung zugenommen. Dabei wird aber normalerweise weder geklärt, was Normativität in diesem Zusammenhang bedeutet, noch in allen Konsequenzen diskutiert, welche Folgen eine nicht-normative „Ermöglichungsdidaktik“, wie sie die konstruktivistische Pädagogik vertritt, für die politische Bildung hätte. Zugespielt wäre in diesem Zusammenhang zu diskutieren, welche Berechtigung politische Bildung hätte, wenn man auf Normativität im oben definierten Sinn verzichtete und sie der Beliebigkeit im Rahmen einer Ermöglichungsdidaktik überließe.

Die Thesen wurden den Referentinnen und Referenten der AG „Politische Bildung“ in Vorbereitung zu der Tagung vorgelegt mit der Bitte, sich in ihren Vorträgen auf sie zu beziehen. Auf diese Weise wurden Dimensionen des Rahmenthemas politische Erwachsenenbildung skizziert, die es ermöglichen, die unterschiedlichen thematischen und vom methodischen Zugang teilweise sehr divergenten Beiträge in der Arbeitsgruppe zielgerichtet und übergreifend zu diskutieren.

Anmerkungen

- 1 Gespräch am 17.3.1986 in Baden-Baden mit Bernd Bensch und Heinz Laing S. 64
- 2 1–4 nach Wulf 1984, S. 450–451

Literatur

- Arnold, R./Siebert, H.: Konstruktivistische Erwachsenenbildung. Hohengehren 1995
- Gespräch am 17.3.1986 in Baden-Baden zwischen F. Borinski, B. Bensch und H. Laing. In: 40 Jahre Heimvolkshochschule Bildungszentrum Gohrde. Gohrde 1986, S. 42–72
- Heger, B./Hufer K.-P. (Hrsg.): Autonomie und Kritikfähigkeit. Gesellschaftliche Veränderung durch Aufklärung. Schwalbach 2002
- Pongratz, L.: Totgesagte leben länger: Zur Aktualität Kritischer Erwachsenenbildung. In: Heger, B./Hufer K.-P. (Hrsg.): Autonomie und Kritikfähigkeit. Gesellschaftliche Veränderung durch Aufklärung. Schwalbach 2002, S. 48–64
- Röhrig, P.: Politische Bildung. Herkunft und Aufgabe. Stuttgart 1964
- Sander, W.: Von der Volksbelehrung zur modernen Profession. Zur Geschichte der politischen Bildung zwischen Ideologie und Wissenschaft. In: Butterwegge, C./Hentges, G. (Hrsg.): Politische Bildung und Globalisierung. Opladen 2002, S. 11–24
- Schmiederer, R.: Zwischen Affirmation und Reformismus. Politische Bildung in Westdeutschland seit 1945. Theorie und Geschichte der Politischen Bildung. Frankfurt/M. 1972
- Wulf, C.: Politische Bildung. In: ders. (Hrsg.): Wörterbuch der Erziehung. München 1984⁶, S. 449–456
- Zeuner, B.: Politische Erwachsenenbildung jenseits der Emanzipation? Anmerkungen zum Konstruktivismus-Streit. In: Heger, B./Hufer K.-P. (Hrsg.): Autonomie und Kritikfähigkeit. Gesellschaftliche Veränderung durch Aufklärung. Schwalbach 2002, S. 65–77